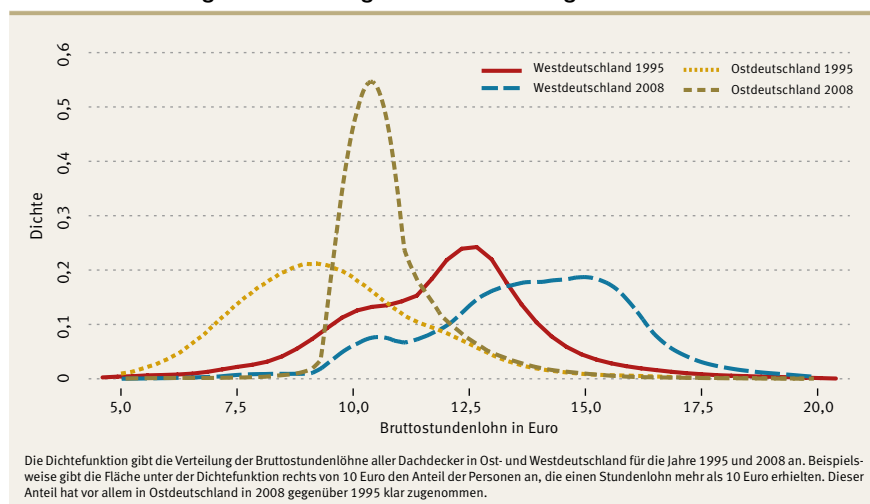


Mindestlohn senkt Beschäftigungschancen von Facharbeitern in Ostdeutschland

Es wird viel über Mindestlöhne diskutiert. Eine Untersuchung des ZEW zeigt für das Dachdeckerhandwerk, dass ein zu hoher Mindestlohn negative Beschäftigungswirkungen in allen Lohngruppen hervorrufen kann.

Dachdeckerhandwerk vor und nach Einführung des Mindestlohns mit der Entwicklung in der Installationsbranche als Kontrollgruppe verglichen, die über keine Mindestlohnregelung verfügt.

Mindestlohnbedingte Veränderung der Lohnverteilung



Die Dichtefunktion gibt die Verteilung der Bruttostundenlöhne aller Dachdecker in Ost- und Westdeutschland für die Jahre 1995 und 2008 an. Beispielsweise gibt die Fläche unter der Dichtefunktion rechts von 10 Euro den Anteil der Personen an, die einen Stundenlohn mehr als 10 Euro erhielten. Dieser Anteil hat vor allem in Ostdeutschland in 2008 gegenüber 1995 klar zugenommen.

Der gesetzliche Mindestlohn im Dachdeckerhandwerk wurde im Oktober 1997 mit unterschiedlichen Niveaus für Ost- und Westdeutschland eingeführt. Seitdem wurde er mehrfach angehoben, seit 2003 ist er bundeseinheitlich geregelt. Den Mindestlohn von 10,80 Euro erhielten 2011 etwa 57 Prozent der ostdeutschen und etwa zwölf Prozent der westdeutschen Beschäftigten im Dachdeckerhandwerk, was zu einer hohen Eingriffsintensität des Mindestlohns in die Lohnverteilung in Ostdeutschland geführt hat. Die Grafik zeigt eine starke Stauchung der Lohnverteilung von unten im Zeitraum 1995 bis 2008 in Ostdeutschland. Dagegen ist in Westdeutschland kaum ein Einfluss des Mindestlohns zu erkennen. Das ZEW-Discussion Paper Nr. 12-061 analy-

siert vor diesem Hintergrund, ob sich der Mindestlohn auf die Weiterbeschäftigungschancen im Dachdeckerhandwerk ausgewirkt hat. Die Ergebnisse zeigen für Ostdeutschland, dass sich die Wahrscheinlichkeit, nach der Einführung des Mindestlohns in der Dachdeckerbranche weiter beschäftigt zu bleiben, um circa zwei bis drei Prozent vermindert hat. Für Westdeutschland scheint der Mindestlohn die Beschäftigungschancen kaum verändert zu haben.

Für die Analysen wurden Daten der Bundesagentur für Arbeit sowie der Landesausgleichskasse für das Dachdeckerhandwerk ausgewertet und verschiedene Kontrollgruppendesigns mit Kontrollbranchen durchgeführt. So wurden die individuellen Weiterbeschäftigungschancen im

Negative Beschäftigungswirkungen

Die Weiterbeschäftigungschancen in der Branche wurden zudem separat für verschiedene Lohngruppen abgeschätzt, sodass auch Beschäftigte mit einem Lohn oberhalb des Mindestlohnes einbezogen wurden. Die meisten Studien nehmen in ihren Analysen an, dass Mindestlöhne lediglich Auswirkungen auf Beschäftigte haben, für die der Lohn bindend ist, die also einen Lohn unterhalb des Mindestlohnniveaus verdienen. Dies ist allerdings, wie die Ergebnisse zeigen, nicht notwendigerweise der Fall. Während in Westdeutschland nur geringfügige Beschäftigungswirkungen des Mindestlohns

IN DIESER AUSGABE

Mindestlohn senkt Beschäftigungschancen von Facharbeitern in Ostdeutschland.....	1
Zum Zusammenhang von Staatsverschuldung und persönlichen Merkmalen des Finanzministers	2
Mit Innovationen aus der Eurokrise	3
KfW/ ZEW-Gründungspanel – Start mit Strategie	4
Nachgefragt: Wie geht es weiter mit der EEG-Umlage?	5
Energieeffiziente Kohlekraftwerke – Deutschland bangt um Innovationsvorsprung	6
Vortrag: Stabile Architektur für Europa – Herausforderungen im Inland	8
ZEWintern, Discussion Papers	11
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

festzustellen sind, zeigen die Schätzungen, dass in Ostdeutschland alle Lohngruppen von den verminderten Beschäftigungschancen betroffen sind. Da im Dachdeckerhandwerk Produktivitätsfortschritte durch neue Dachsysteme mit vereinfachten Anbringungs- und Verlegungstechniken erzielt werden können, ist dies möglicherweise auf eine verstärkte Substitution von Arbeit durch Kapital zurückzuführen. Entsprechende Produktivitätsreserven waren nach der Wiedervereinigung vor allem in den neuen Bundesländern in größerem Umfang vorhanden.

Für die Politik muss das bedeuten, dass sie die Höhe des Mindestlohns im

Blick behalten sollte. Während der Mindestlohn in Westdeutschland kaum Beschäftigungswirkungen hatte, zeigt sich für Ostdeutschland, dass ein zu hoher Mindestlohn zum Abbau von Beschäftigung führen kann. Dieser ist nicht auf diejenigen beschränkt, für die der Mindestlohn aufgrund einer niedrigen Entlohnung zu Lohnzuwächsen führt. Die vorliegenden Resultate machen die Notwendigkeit deutlich, die Analyse auch auf Beschäftigte auszuweiten, die oberhalb des Mindestlohns entlohnt werden. Unsere Erkenntnisse zu den Auswirkungen von Mindestlöhnen auf die Weiterbeschäftigungswahrscheinlichkeit sollten aller-

dings nicht mit der Wirkung des Mindestlohns auf die Gesamtbeschäftigung im Dachdeckerhandwerk gleichgesetzt werden, für die in einer Evaluationsstudie keine signifikanten Ergebnisse gefunden wurden. So erfasst die Studie beispielsweise nicht, ob sich die Anzahl der Ein-Personen-Unternehmen verändert hat. Darüber hinaus sollte angesichts der branchenspezifischen Rahmenbedingungen vorsichtig mit der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Wirtschaftssektoren umgegangen werden.

Bodo Aretz, aretz@zew.de
Jun.-Prof. Dr. Melanie Arntz, arntz@zew.de
Terry Gregory, gregory@zew.de

Zum Zusammenhang von Staatsverschuldung und persönlichen Merkmalen des Finanzministers

Welche Rolle spielen persönliche Merkmale eines Finanzministers für die Entwicklung der Staatsverschuldung? Eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, dass insbesondere politische Erfahrung einen Einfluss hat.

Während andere Fachminister vor allem die Ausgaben ihrer eigenen Ressorts im Blick haben, hat der Finanzminister dafür Sorge zu tragen, dass der gesamte Staatshaushalt auf soliden Beinen steht. Das ZEW Discussion Paper Nr. 12-068 untersucht, inwiefern hierbei persönliche Merkmale eines Finanzministers von Bedeutung sind. Die Studie erweitert damit die bestehende Literatur zu den Bestimmungsfaktoren der Entwicklung der Staatsverschuldung um den Aspekt persönlicher Politikermerkmale.

Als persönliche Merkmale stehen hierbei unter anderem die Ausbildung und die politische Ausrichtung (Ideologie) des Finanzministers im Fokus. Von Interesse ist etwa, welchen Studienabschluss er vorweisen kann und welchem politischen Lager er zuzurechnen ist. Ferner stellt die Studie auf die fachliche und die politische Erfahrung eines Finanzministers ab. Fachliche Erfahrung bezieht sich auf die Erfahrung eines Finanzministers im Bereich Fiskalpolitik. Sie nimmt zu, je länger ein Finanzminister im Amt ist. Politische Er-

fahrung im Umgang mit Medien und Kollegen aber auch bezüglich politischer Spielregeln kann ein Finanzminister ebenso in anderen Politikbereichen sammeln. Die Anzahl an Jahren, die ein Finanzminister bereits als Bundesminister in anderen Fachbereichen gearbeitet hat, dient hierzu als Indikator.

Umfangreiche Datenbasis

Die Studie basiert auf einer speziell zu diesem Zweck konzipierten Datenbasis, die Informationen zu den genannten persönlichen Merkmalen von Finanzministern aus 15 europäischen Ländern enthält. Die Daten entstammen offiziellen Webseiten der Regierungen und Finanzministerien der entsprechenden Länder und beziehen sich auf den Zeitraum 1980 bis 2010.

Die ökonometrischen Berechnungen zeigen, dass vor allem die fachliche und politische Erfahrung eines Finanzministers von Bedeutung ist. Die Zunahme (Abnahme) der Schuldenstandsquote ist geringer (höher), je länger der Finanzminister im

Amt ist. Gleiches gilt für das Merkmal politische Erfahrung: Je mehr Erfahrung ein Finanzminister in vorherigen Positionen als Kabinettsmitglied gesammelt hat, desto geringer ist das Haushaltsdefizit (desto größer ist der Haushaltsüberschuss). Es muss allerdings festgestellt werden, dass die Wirkungsrichtung von fachlicher Erfahrung und Entwicklung der Staatsverschuldung nicht einwandfrei bestimmt werden kann. Jedoch stützen verschiedene Argumente einen kausalen Einfluss politischer Erfahrung auf die Schuldenstandsentwicklung. Die Merkmale Ideologie sowie Ausbildung haben dagegen keinen signifikanten Einfluss auf die Staatsverschuldung.

Hinsichtlich der institutionellen Aufgabe eines Finanzministers kann somit festgehalten werden, dass insbesondere politisch erfahrene und einflussreiche Finanzminister in der Lage sind, übermäßigen Ausgabenwünschen der Fachminister Einhalt zu gebieten. Ein Finanzminister, der lange Jahre als Fachminister gearbeitet hat, hat demnach komparative Vorteile gegenüber politisch unerfahrenen Finanzministern erworben, die er in seiner neuen Funktion zur Durchsetzung der Haushaltsziele einsetzen kann.

Marc-Daniel Moessinger, moessinger@zew.de

Mit Innovationen aus der Eurokrise

Europas Innovationsleistung spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Eurokrise. Der Innovationsindikator 2012 zeigt, dass die Länder, die heute vor massiven Finanzierungsschwierigkeiten stehen, im Innovationswettbewerb zurückgefallen sind.

Die Eurokrise hält Europa in Atem. Die Regierungen der südeuropäischen Eurostaaten kämpfen mit stark steigenden Zinsen bei der Neuverschuldung und Schwierigkeiten bei der Refinanzierung ihrer Staatsschulden. Harte Sparprogramme und niedriges Wirtschaftswachstum führen in diesen Ländern zu steigender Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten. Gleichzeitig haben sich die nördlichen Eurostaaten rasch von der schweren Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 erholt. Hier wächst die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Einkommen steigen. Wie kommt es zu dieser divergierenden Entwicklung?

Neben länderspezifischen Faktoren wie etwa dem Platzen der spanischen Immobilienblase sind vor allem strukturelle Ungleichgewichte verantwortlich für die Eurokrise. Hierzu zählen etwa die großen Leistungsbilanzunterschiede: Hohen Überschüssen in den nördlichen Ländern stehen große Defizite in den südlichen Euroländern gegenüber. Durch Einführung des Euro glichen sich die Zinssätze in den Euroländern an. Zusammen mit einer vergleichsweise hohen Inflation in Spanien, Irland, Portugal und Griechenland führte dies zu sehr niedrigen Realzinsen in diesen Ländern. Entsprechend hoch war dort die Bereitschaft, Kredite aufzunehmen. In der Folge kam es zu einem starken Kapitalzufluss aus den nördlichen in die südlichen Euroländer.

Ein weiterer Grund für das Auseinanderklaffen der Leistungsbilanzen der Euroländer ist deren unterschiedliche Innovationskraft. Der aktuelle Innovationsindikator zeigt, dass die Euroländer, die sich in den vergangenen Jahren durch Leistungsbilanzüberschüsse ausgezeichnet haben, auch jene sind, die eine starke Innovationsleistung aufweisen (siehe Grafik). Dies gilt für Deutschland ebenso wie für die Niederlande und Belgien sowie für Finnland. Österreich konnte seine

Innovationsfähigkeit kontinuierlich verbessern und zog Mitte der 2000er Jahre an Frankreich vorbei, das seinen Wert beim Innovationsindikator seit der Einführung des Euro nicht erhöhen konnte.

Spanien und Italien liegen mit ihrer Innovationsleistung klar hinter den anderen Euroländern im Innovationsindikator zurück. Während die Innovationsleistung von Italien im vergangenen Jahrzehnt stagnierte, konnte Spanien sich immerhin leicht verbessern. Der große Abstand zur Führungsgruppe innerhalb des Euroraums blieb aber für beide unverändert, denn auch in den Spitzenländern herrschte kein Innovationsstillstand. Griechenland und Portugal werden im Innovationsindikator nicht betrachtet, doch deren Innovationsleistung entspricht in etwa dem Niveau von Spanien und Italien.

Angleichung der Innovationsleistung

Hohe Leistungsbilanzdefizite bedeuten, dass ein Land mehr Güter verbraucht als es selbst produziert. Kurzfristig kann dieser Verbrauchsüberhang über Kapitalzuflüsse, das heißt durch Verschuldung, finanziert werden. Langfristig ergibt sich aber ein Finanzierungsproblem, das nun

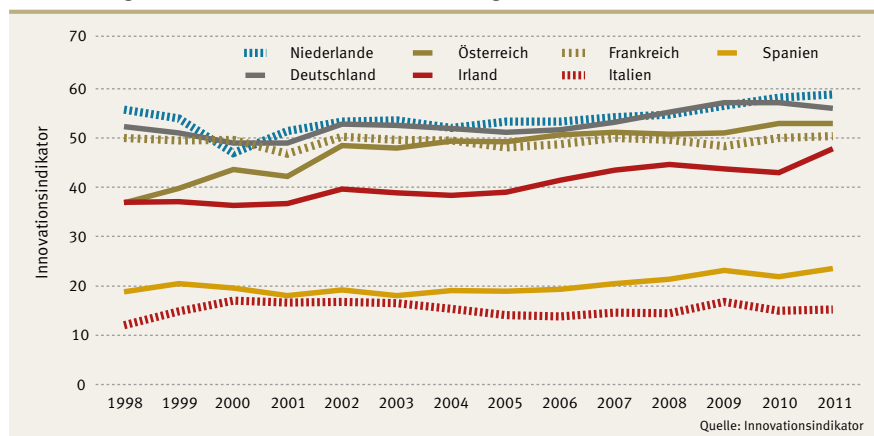
akut geworden ist. Dieses Dilemma könnte gelöst werden, indem die Ursachen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum angegangen werden. Das bedeutet, dass die unterschiedliche Innovationskraft und Produktivität der einzelnen Volkswirtschaften angeglichen werden müssen. Dass ein Abbau der Disparitäten auch über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der südlichen Euroländer geschehen muss, ist ebenso unstrittig wie der Umstand, dass eine bessere Innovationsleistung hierfür Voraussetzung ist.

Der Innovationsindikator

Der Innovationsindikator wird im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) erstellt. Er ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung, des ZEW und des Maastricht Economic and Social Research Institute on Innovation and Technology der Universität Maastricht. Für 28 Volkswirtschaften zeigt der Innovationsindikator auf, wo die jeweiligen Stärken und Schwächen im Vergleich zu relevanten Wettbewerbern liegen. Insgesamt setzt sich der Innovationsindikator aus 38 Einzelindikatoren zusammen, darunter etwa Bildung und öffentliche Finanzen. Weitere Informationen finden sich unter: www.innovationsindikator.de

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Entwicklung des Innovationsindikators für ausgewählte Euroländer



FORSCHUNGSERGEBNISSE

KfW/ZEW-Gründungspanel – Start mit Strategie

Die ersten Jahre eines Unternehmens sind entscheidend für seine Entwicklung. Daher müssen bereits zum Zeitpunkt der Unternehmensgründung zahlreiche strategische Entscheidungen getroffen werden. Strategische Fehlentscheidungen können dazu führen, dass ein junges Unternehmen frühzeitig aus dem Markt ausscheiden muss.

Strategische Entscheidungen, die junge Unternehmen in verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung treffen, stehen im Mittelpunkt des diesjährigen Berichts zum KfW/ZEW-Gründungspanel. Mit dem Gründungspanel schaffen die KfW Bankengruppe, das ZEW und der Verband der

über die Startgröße des neuen Unternehmens entschieden werden. Diese wird zum einen durch die Anzahl der Gründer, zum anderen durch die Anzahl der angestellten Mitarbeiter bestimmt. Die durchschnittliche Anzahl der Gründer je neuem Unternehmen schwankt für die Grün-

ner Mitarbeiter zu treffen. Die Analysen zeigen, dass Mitarbeiterfluktuation bereits in jungen Unternehmen eine große Rolle spielt. Die Ersetzung ausgeschiedener Mitarbeiter verursacht Kosten, die beispielsweise durch den Verlust des Wissens der ausgetretenen Mitarbeiter oder die Suche nach neuen Mitarbeitern und deren Einarbeitung entstehen. Diese Kosten können substantielle Ausmaße annehmen und das Überleben des jungen Unternehmens gefährden.

Außen- und Fremdfinanzierung von hoher Bedeutung

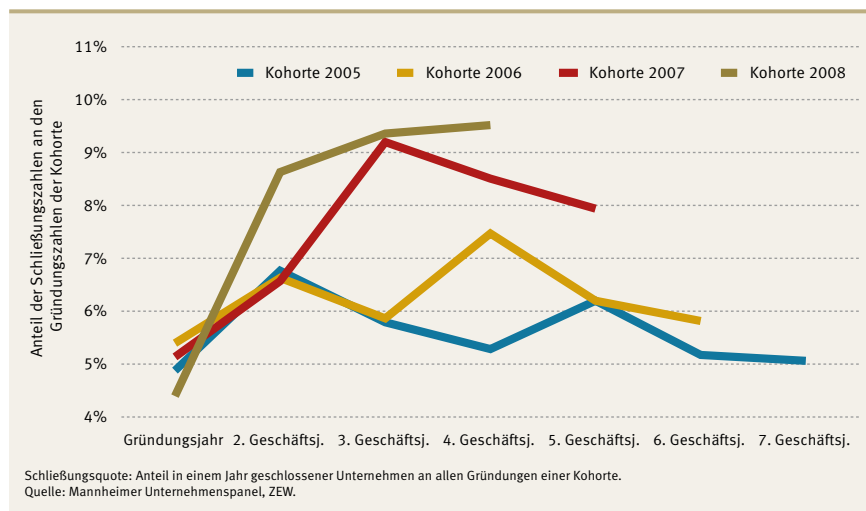
Finanzierungsentscheidungen im Gründungsjahr haben längerfristige Auswirkungen. Junge Unternehmen, die sich in einem Geschäftsjahr Mittel der Außen- oder Fremdfinanzierung bedienen, nutzen die jeweilige Finanzierungsart im darauf folgenden Geschäftsjahr signifikant häufiger. Allerdings greifen weniger als fünf Prozent der jungen Unternehmen in jedem der ersten fünf Geschäftsjahre auf Außen- oder Fremdfinanzierung zurück. Umgekehrt kommen nur fünf Prozent der Unternehmen in ihren ersten Geschäftsjahren gänzlich ohne Außenfinanzierung aus. Nur 30 Prozent verzichten in den ersten fünf Geschäftsjahren komplett auf Fremdfinanzierung.

Ein Teil der jungen Unternehmen ist entweder infolge von Fehlentscheidungen gezwungen, nach kurzer Zeit den Markt wieder zu verlassen, oder scheidet freiwillig aus dem Markt aus. Nach fünf Geschäftsjahren sind jeweils etwa 40 Prozent der Gründungen eines Jahrgangs wieder vom Markt verschwunden. Dabei hat sich die Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2009 unterschiedlich auf die Gründungskohorten ausgewirkt: Je älter die Gründungen waren, desto geringer war der Zuwachs der Schließungsquote. Die Krise hat somit die jungen Gründungen hinsichtlich ihrer Schließungswahrscheinlichkeit erheblich schwerer tangiert als die älteren (siehe Grafik).

Der Gründungspanelbericht 2012 findet sich unter: www.gruendungspanel.de

Helmut Fryges, fryges@zew.de

Entwicklung der Schließungsquote pro Jahr nach Alter der Unternehmen bis Ende 2011



Vereine Creditreform eine Datenbasis, die Unternehmensgründungen ab ihrem Gründungszeitpunkt über mehrere Jahre verfolgt. Jährlich werden rund 6.000 neu gegründete und junge Unternehmen in Deutschland befragt. Mit der aktuellen Befragungswelle des KfW/ZEW-Gründungspanels, die von April 2012 bis Juli 2012 erhoben wurde, stehen erstmals in ausreichendem Umfang Beobachtungen zur Verfügung, um Veränderungen innerhalb einzelner Unternehmen im Zeitablauf zu analysieren.

Das Gründungspanel 2012 konzentriert sich auf die Untersuchung strategischer Entscheidungen in den Bereichen Personal- und Finanzierungsmanagement. Zum Zeitpunkt der Gründung muss

Gründungskohorten 2005 bis 2011 nur geringfügig zwischen 1,3 und 1,4 vollzeitäquivalenten Stellen. Die Anzahl der vollzeitäquivalenten Stellen für angestellte Mitarbeiter hingegen variiert mit Werten zwischen 0,9 und 1,4 etwas stärker. Durch die Gründungskohorte 2011 wurden im vergangenen Jahr insgesamt 416.000 vollzeitäquivalente Arbeitsplätze geschaffen.

Mitarbeiterfluktuation verursacht hohe Kosten

In den Jahren nach der Gründung sind Personalentscheidungen hinsichtlich der Einstellung neuer Mitarbeiter, des Austritts sowie der Ersetzung ausgeschiede-

Nachgefragt: Wie geht es weiter mit der EEG-Umlage?

Erneuerbare Energien werden auf absehbare Zeit nicht ohne Subventionen auskommen

Die Verbraucher müssen ab dem kommenden Jahr für die Förderung von Ökostrom deutlich tiefer in die Tasche greifen. Die sogenannte EEG-Umlage wird dann von bislang rund 3,6 Cent auf rund 5,3 Cent steigen. Vor diesem Hintergrund plädiert Umweltökonom Andreas Löschel für einen maßvollen Ausbau erneuerbarer Energien.

Durch die EEG-Umlage sollen alle Stromverbraucher in Deutschland an den Kosten beteiligt werden, die sich durch die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben. Wie kommt der starke Anstieg der Umlage von 2012 auf 2013 zu Stande?

Der starke Ausbau erneuerbarer Energien und die steigende Einspeisung treiben die Kosten der Förderung von 14 auf etwa 20 Milliarden Euro. Dies führt – bedingt auch durch die gesunkenen Vermarktungserlöse am Strommarkt – zu einem Anstieg der Umlage von etwa 1,7 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh). Etwa 0,9 ct/kWh des Umlageanstiegs können direkt den einzelnen erneuerbaren Energien zugeordnet werden. Wegen des raschen Zubaus – allein die Kapazitäten an Photovoltaik-Anlagen stiegen im Jahr 2011 um sieben Gigawatt (GW) – waren die tatsächlichen Ausgaben viel höher als bei der Festsetzung der EEG-Umlage im letzten Jahr prognostiziert. Wegen der fallenden CO₂-Preise sanken auch die Strompreise an den Großhandelsbörsen und damit die Einnahmen aus dem Verkauf des erneuerbaren

Stroms. Es entstand ein Nachholbedarf von etwa 0,5 ct/kWh. Deshalb wurde für die Zukunft eine Liquiditätsreserve geschaffen, die mit etwa 0,3 ct/kWh zum Anstieg der EEG-Umlage beiträgt.

Von der EEG-Umlage können sich Unternehmen befreien lassen, die besonders energieintensiv sind. Welche Auswirkungen hat die Ausweitung der Umlagereduzierung für die Industrie auf die Umlage?

Ab Anfang des Jahres 2013 zahlen stromintensive Unternehmen mit mehr als einer Gigawattstunde Stromverbrauch nur noch zehn Prozent der Umlage, dann ein Prozent und über 100 Gigawattstunden 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Wegen der Ausweitung der Umlagereduzierung für energieintensive Unternehmen müssen die Mindereinnahmen von den restlichen Verbrauchern kompensiert werden.

Der oben dargestellte Umlageanstieg könnte auf mehrere Schultern verteilt werden und etwa 0,1 bis 0,2 ct/kWh niedriger ausfallen, wenn die Umlagereduzierung nicht ausgeweitet worden wäre. Insgesamt führen diese Regelungen zu Mindereinnahmen von fast vier Milliarden Euro. Fast

die Hälfte des Industriestroms wird somit nicht voll belastet.

Wie sollte die EEG-Umlage sinnvoll reformiert werden, sodass die Kostensteigerungen künftig moderater ausfallen und der Strom bezahlbar bleibt?

Ökonomisch wird ein weiterer massiver Ausbau im bestehenden Fördersystem nicht durchzuhalten sein. Die jetzt festgelegte Deckelung beim Bau von Solaranlagen wird zu einem nochmaligen Boom bei neuen Anlagen führen. Zudem bestehen globale Überkapazitäten und die Förderung ist in Deutschland am höchsten. Das führt zum genauen Gegenteil dessen, was wir benötigen. Besser wäre ein maßvoller Ausbau der erneuerbaren Energien, mit dem der Neubau der Stromnetze schrittgehalten kann. Um die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung nicht zu gefährden, sollten die Ausnahmeregelungen rasch auf den Prüfstand: nur die Unternehmen, die Stromkostensteigerungen nicht durch Preiserhöhungen weitergeben können, sollte besonders behandelt werden.

Ist der Ausbau der regenerativen Energie in Deutschland nur durch Subventionen zu erreichen?

Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Während Wasserkraft und Windenergie auf dem Festland vergleichsweise günstig sind, betragen die Kosten der Stromproduktion durch Photovoltaik immer noch knapp das Vierfache dessen, was Strom derzeit an der Börse kostet. Auch Windenergie auf dem Meer ist teuer. Es ist nicht damit zu rechnen, dass diese Technologien in absehbarer Zeit ohne Subventionen auskommen. Trotzdem erscheint mir eine Förderung erneuerbarer Energien sinnvoll und wichtig. Allerdings sollte diese Förderung mittelfristig in Richtung einer Prämie für erneuerbare Energien als Aufschlag auf den Börsenpreis für Strom weiterentwickelt werden – unabhängig von der zugrundeliegenden Technologie.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Prof. Dr. Andreas Löschel leitet den Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW. Darüber hinaus ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Löschel fungiert als Leitautor für den 5. Sachstandsbericht (2010-2014) des Weltklimarates (IPCC). Er ist Vorsitzender der Expertenkommission, die im Auftrag der Bundesregierung regelmäßig den Sachstand bei der Energiewende beurteilt. In umweltökonomischen Fragen hat er unter anderem verschiedene Bundesministerien, die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament beraten.



Foto: ZEW

Energieeffiziente Kohlekraftwerke – Deutschland bangt um Innovationsvorsprung

Japan und Deutschland haben einen klaren Innovationsvorsprung bezüglich innovativer Kohletechnologien. Es stellt sich allerdings die Frage, ob Deutschland diese Vorteile angesichts der sinkenden heimischen Bedeutung von Kohle weiterhin halten kann.

Trotz der hohen CO₂-Intensität von fossilen Energieträgern, insbesondere Kohle, werden diese weltweit in den kommenden Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen. In Deutschland ist die Kernenergie zu ersetzen und in Ländern wie China oder Indien verlangt eine hohe und wachsende Energienachfrage die Nutzung von Kohle zusätzlich zu erneuerbaren Energien. Vor diesem Hintergrund analysiert dieser Beitrag, wie sich verschiedene Länder auf dem Weltmarkt für energieeffiziente Kohletechnologien positionieren. Hierfür werden sogenannte Lead Märkte identifiziert. Das sind Märkte, auf denen sich eine bestimmte Innovation als erstes durchsetzt bevor sie in anderen Ländern Verbreitung findet. Als technologische Innovation wird die Staubfeuerung betrachtet, weil sie mit rund 90 Prozent den Weltmarkt dominiert. Betrachtet werden nur innovative Technologien, die schon auf dem Markt verbreitet sind. Die relevanten Innovationen sind demnach superkritische (SC) und ultra-superkritische (USC) Kohlekraftwerke, die sich seit Jahrzehnten kontinuierlich weiterentwickeln. Die Ausbreitung der Technologien wird in China, Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten verglichen. In der Zukunft mögen in diesem Zusammenhang Carbon Capture Storage (CCS) Technologien ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, also die Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂. Derzeit sind Technologien in diesem Bereich aber noch nicht marktreif und ihre Entwicklung hängt fern von der Preisentwicklung für CO₂ und der gesellschaftlichen Akzeptanz ab.

Nachdem die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Kohletechnologien in Deutschland Ende des letzten Jahrhunderts noch als günstig einzustufen waren, verloren sie über die vergangenen zehn

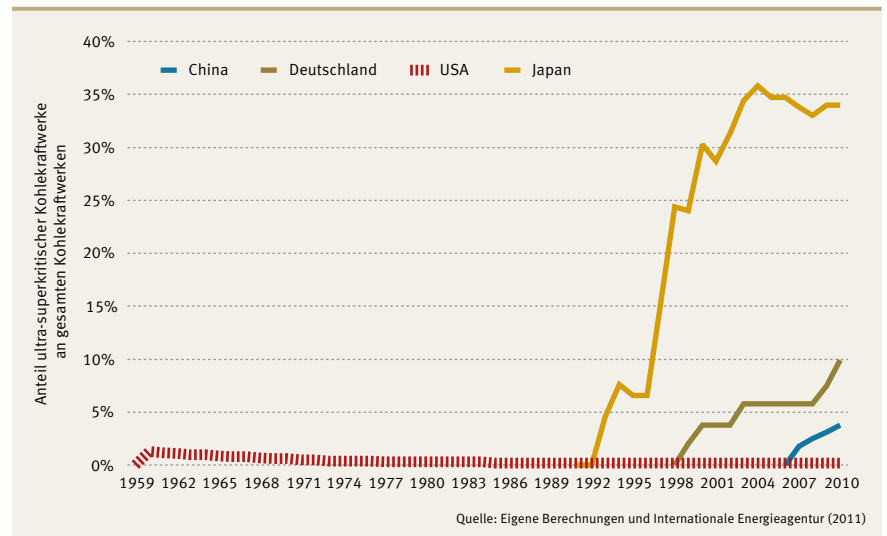
Jahre an Akzeptanz, da ein Paradigmenwechsel hin zu erneuerbaren Energien eingesetzt hatte. Dieser Paradigmenwechsel mag durchaus die Entwicklung besonders energieeffizienter Kohletechnologien fördern, aber die Kohle verlor einen Großteil ihrer finanziellen Unterstützung zugunsten der „grünen“ Energien. Dagegen herrschen in China kohlefreundliche Rahmenbedingungen, zum einen aufgrund eines hohen und wach-

senden Energiebedarfs, zum anderen wegen Chinas hoher Kohlereserven. Rund 50 neue Kohlekraftwerke werden jährlich in China gebaut. Dies bringt ein hohes Marktwachstum und wachsende technologische Kompetenz mit sich.

Faktoren zur Bildung von Lead Märkten

Die Literatur zum Thema erachtet bestimmte Kriterien, sogenannte Lead Market Faktoren, als besonders wichtig, um zu erklären, warum sich Lead Märkte ausbilden. Diese sind die relativen Vorteile bei Preisen, die Nachfrage, ein guter Ruf als Technologieentwickler sowie die Ex-

Ausbreitung ultra-superkritischer Kohlekraftwerke in ausgewählten Ländern



senden Energiebedarfs, zum anderen wegen Chinas hoher Kohlereserven. Rund 50 neue Kohlekraftwerke werden jährlich in China gebaut. Dies bringt ein hohes Marktwachstum und wachsende technologische Kompetenz mit sich.

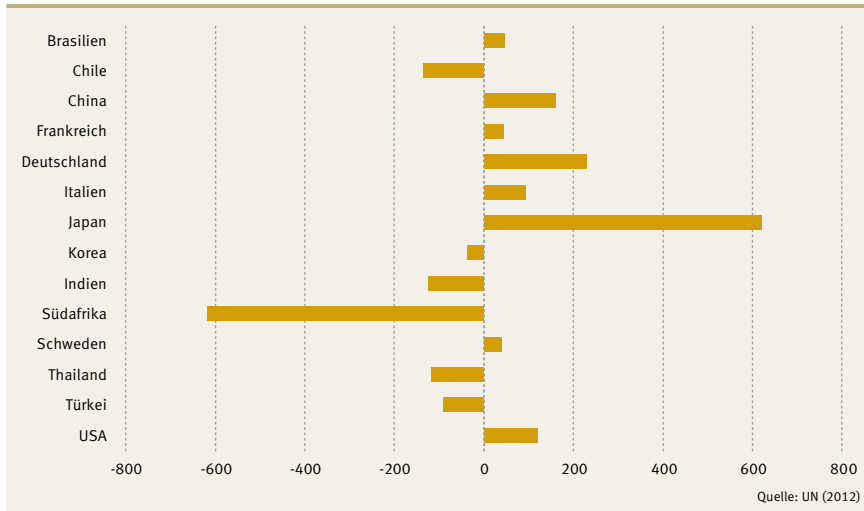
Wie die Abbildung auf dieser Seite zeigt, etablierten in den späten 1950er Jahren zunächst die Vereinigten Staaten einen Lead Markt für USC Technologien. Wegen mangelndem Energieeffizienzdruck in Verbindung mit technischen Pro-

portbedingungen und die Ausprägung der Marktstruktur. Auch die unterschiedliche Regulierung in den verschiedenen Ländern sowie Angebotsbedingungen wie beispielsweise die Forschungsinfrastruktur werden bei der Erklärung zur Entstehung von Lead Märkten berücksichtigt.

Wie die Analyse verschiedener Daten zeigt – diese stammen vor allem von der Internationalen Energieagentur, der Weltbank und den Vereinten Nationen – ist Japan vor allem im Bereich von Angebotsfak-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Handelsbilanz für Dampfturbinen im Jahr 2010 in Millionen US-Dollar



teriums für Bildung und Forschung (BMBF). Sie wird vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Jens Horbach von der Hochschule Augsburg durchgeführt. Beteiligt sind darüber hinaus die Chinese Academy of Science (CAS) mit dem Institute for Policy and Management (IPM) in Peking sowie das Forschungszentrum Jülich (FZJ).

Die Studie ist Teil des Projekts "Lead Market Strategien: First Mover, Early Follower und Late Follower" (nähere Informationen finden sich unter: www.zew.de/leadmarkets). Es ist im Forschungsprogramm „Wirtschaftswissenschaften und Nachhaltigkeit“ angesiedelt.

Dr. Klaus Rennings, E-Mail: rennings@zew.de

toren wie beispielsweise Forschung und Entwicklung überlegen. China hat dagegen bezüglich Preis-, Nachfrage- und Regulierungsvorteilen aufgeholt. China praktiziert eine sogenannte Leapfrogging-Strategie, das heißt es nutzt Vorteile bei den Arbeitskosten aus und überspringt einzelne Technologiestufen. So konnte China bereits zum Marktführer im Segment von Kesseln niedriger und mittlerer Qualität aufsteigen. Dagegen dominieren Japan und Deutschland nach wie vor den Weltmarkt für Turbinen. Deutschland folgt Japan auf Platz zwei bezüglich des Handelsbilanzüberschusses bei Dampfturbinen, wie die Abbildung auf dieser Seite zeigt.

China bislang ohne große Erfahrung in der Entwicklung neuer Technologien

Der chinesische Markt für Kohletechnologien ist sehr dynamisch. Der jüngste Fünfjahresplan sieht vor, ein noch innovativeres 700 Grad Celsius Kohlekraftwerk zu bauen. Wird es realisiert, erlangt China die Technologieführerschaft in diesem Bereich. Dieses Ziel gilt als sehr ambitioniert und der Erfolg ist fragwürdig, da China bislang kaum Erfahrung in der Entwicklung neuer Technologien besitzt. Dennoch stellt sich die Frage, wie lange der deutsche und japanische Innovationsvorsprung angesichts Chinas enormer Aufholjagd gehalten werden kann.

Die vorgestellte Analyse beruht auf einer Studie im Auftrag des Bundesminis-

ZEW INTERN

ZEW Präsident Wolfgang Franz erhält Merkur-Preis

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz hat den „Merkur“ erhalten – die höchste Auszeichnung der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart. Mit dem Merkur-Preis, benannt nach dem Schutzpatron der Gewerbetreibenden, ehrt die IHK Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um die Wirtschaft in Deutschland und Europa verdient gemacht haben. Dr. Herbert Müller, Präsident der IHK Region Stuttgart, überreichte Franz die Auszeichnung am 20. November 2012 im Rahmen der Vorstellung des Gutachtens des Sachverständigenrats in Stuttgart.

Der Merkur-Preis würdigt das lebenslange Engagement von Franz in Forschung, Lehre und wirtschaftspolitischer Beratung. Sein großer Einsatz als Professor für Volkswirtschaftslehre unter anderem an den Universitäten Stuttgart, Konstanz und Mannheim, seine herausragende Arbeit als Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und seine Expertise als langjähriges Mitglied und Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seien beispielgebend, erklärte Müller in seiner Laudatio.



Wolfgang Franz hält den „Merkur“ in seinen Händen – Herbert Müller (rechts) hatte den Preis überreicht.

Vortrag: Stabile Architektur für Europa – Herausforderungen im Inland

Im November und Dezember 2012 stellte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten 2012/2013 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor.

Franz, auch Vorsitzender des Sachverständigenrats, diskutierte in den Landesvertretungen von Baden-Württemberg in Berlin und Brüssel sowie bei der Baden-Württembergischen Bank in Stuttgart und

scheinigen, dass eine bestimmte Menge Strom aus erneuerbaren Energiequellen produziert wurde, sowie eine weniger technologiespezifische Förderung die Hauptrollen spielen, betonte Franz. Re-



Wolfgang Franz stellt das Jahresgutachten des Sachverständigenrates in Stuttgart vor.

am ZEW in Mannheim die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens des Sachverständigenrats. Neben der Festigung des Ordnungsrahmens für solide Staatsfinanzen im Euroraum gelte es für Deutschland, im Jahr 2013 eine Reihe wirtschaftspolitischer Probleme zu lösen, sagte Franz zum Auftakt seines Vortrags. Der Handlungsbedarf im Inland sei aufgrund der Eurokrise immer mehr in den Hintergrund getreten. Aus diesem Grund habe der Sachverständigenrat seinem aktuellen Jahresgutachten den Titel „Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland“ gegeben.

Die Energiewende muss nach Auffassung des Sachverständigenrats effektiv und effizient gestaltet werden. Dabei sollten Grünstromzertifikate, die offiziell be-

formen im Gesundheitswesen und im Steuersystem müssten ebenso vorangebracht sowie der Wettbewerb im Gesundheitssektor gestärkt werden.

Niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung

Die Arbeitslosenquote im EU-Raum liege derzeit bei rund elf Prozent, während sie in Deutschland nur einen Wert von knapp über fünf Prozent erreiche. Damit sei Deutschland zwar noch von einer Vollbeschäftigung entfernt, habe aber gleichzeitig das niedrigste Arbeitslosigkeitsniveau seit der Wiedervereinigung, sagte Franz. Griechenland und Spanien hätten hingegen Arbeitslosenquoten von rund 24 Prozent. Besonders problematisch sei

in diesen Ländern die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Werte von über 50 Prozent erreiche.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats thematisierte darüber hinaus die Verteilungsgerechtigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das Jahresgutachten zeige, dass die Einkommensungleichheit zwar früher zugenommen habe, mittlerweile jedoch zum Stillstand gekommen sei. Besonders interessant sei in diesem Zusammenhang die Lohnungleichheit im Bereich der Niedriglohnbeschäftigung. Auf den ersten Blick gehörten die niedriger qualifizierten Arbeiter des unteren Einkommensbereichs zu den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings sei eine solche Betrachtung zu einseitig, erklärte Franz. Dank der Arbeitsmarktreformen Jahren seien diese Menschen überhaupt erst einmal wieder in den deutschen Arbeitsmarkt integriert worden. Ihre geringere Produktivität werde allerdings niedriger entlohnt. Die Einführung von Mindestlöhnen oder Lohnuntergrenzen könnten jedoch einen Abbau von Beschäftigung gerade bei niedrig Qualifizierten nach sich ziehen. Deshalb spreche sich der Sachverständigenrat weiterhin gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen aus.

Bereits umgesetzte oder eingeleitete Reformen am deutschen Arbeitsmarkt sowie im Bereich der Alterssicherung, beispielsweise die Hartz IV Reformen und die Rente mit 67 Jahren, dürften nicht zurückgenommen werden, sagte Franz. Er betonte, dass die Wirtschaftsweisen die Rente mit 67 nach wie vor für richtig hielten. Aufgrund des Geburtenrückgangs und der länger werdenden Lebenszeit sei dies ein sinnvolles Konzept.

Starke konjunkturelle Unterschiede in der Eurozone

Mit Blick auf die Konjunktur erwartet der Sachverständigenrat für die EU im Durchschnitt ein reales Wachstum von 0,4 Prozent für das Jahr 2013. Diese Prognose

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND



Die Ergebnisse des Jahresgutachtens stießen bei den Gästen (hier in Mannheim) auf großes Interesse.

se gebe indessen nicht die starken Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern innerhalb der EU wieder, sagte Franz. So befinde sich Griechenland in einer Depression, während es Deutschland vergleichsweise gut gehe. Für Deutschland rechnen die Wirtschaftswissenschaften im Jahr 2013 mit einem realen Wachstum von 0,8 Prozent. Im Jahr 2012 habe die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts ebenfalls bei dieser Größenordnung gelegen. Die zweite Jahreshälfte 2012 stehe im Zeichen der im Euroraum weit verbreiteten rezessiven Tendenzen. Diese strahlten über den Außenhandels- und Vertrauenskanal auf die deutsche Volkswirtschaft aus und beeinflussten über eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit das Tempo der wirtschaftlichen Expansion. Der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Dynamik werde voraussichtlich im vierten Quartal des Jahres 2012 erreicht, so Franz. Im Jahr 2013 werde das Wirtschaftswachstum langsam wieder Fahrt aufnehmen. Der Sachverständigenrat gehe davon aus, dass Deutschland im Gegensatz zu anderen Euroländern an einer Rezession vorbei

schliddern werde. Franz skizzierte in seinem Vortrag auch einen möglichen Ordnungsrahmen für die Währungsunion. Er stellte klar, dass es nicht eine Krise im Euroraum gebe, vielmehr sehe sich die Währungsunion mit insgesamt drei Krisen konfrontiert: einer Staatsschuldenkrise, einer Bankenkrise und einer makroökonomischen Krise. Diese drei Krisen hingen miteinander zusammen und verstärkten sich gegenseitig. Eine Lösung müsse folglich an drei Krisenherden ansetzen.

Drei-Säulen-Konzept „Maastricht 2.0“

Dazu schlägt der Sachverständigenrat das Drei-Säulen-Konzept „Maastricht 2.0“ vor. „Maastricht 2.0“, so Franz, sehe vor, die Fiskal- und Wirtschaftspolitik weitgehend in nationaler Souveränität zu belassen. Es sollten ausschließlich die bestehenden Fiskalregeln und die Rahmenbedingungen für das Finanzsystem reformiert werden. „Maastricht 2.0“ setze auf eine nationale Haftung und die Disziplinierungsfunktion der Märkte, allerdings erweitert um eine Insolvenzordnung für die

Mitgliedstaaten. Letztere solle durch einen Krisenmechanismus sowie durch flankierende Reformen im Finanzsystem glaubwürdig gemacht werden.

Schritt für Schritt zur Bankenunion

Außerdem befürwortet der Sachverständigenrat die schrittweise Einführung einer Bankenunion in Europa. Die Rettungsaktionen der EZB in Form von unbegrenzten Anleihekäufen von Krisenstaaten sind für Franz allenfalls eine Notlösung und dürfen auf keinen Fall zu einem dauerhaften Mechanismus werden. Stattdessen solle eine europäische Bankenaufsichtsbehörde geschaffen werden. Zuvor müssten jedoch Banken, die die Voraussetzung für eine Bankenunion nicht erfüllten, mit Hilfe einer europäischen Agentur für Restrukturierung von den jeweiligen Nationalstaaten saniert oder gegebenenfalls abgewickelt werden. Dies alles brauche jedoch sehr viel Zeit und könne nicht über Nacht implementiert werden, sagte Franz.

Elisa Jendrusch, jendrusch@zew.de

ZEW Wissenschaftler erhält Förderpreis der Victor Rizkallah-Stiftung

Dr. Thomas Walter, Wissenschaftler im Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ des ZEW, wurde am 26. Oktober 2012 mit dem Förderpreis der Victor Rizkallah-Stiftung in Hannover ausgezeichnet. Thomas Walter erhielt den Preis für seine Dissertation „Germany's 2005 Welfare Reform – Evaluating Key Characteristics with a Focus on Immigrants“. Die prämierte Arbeit untersucht wesentliche Elemente der Hartz IV Reform aus einer mikroökonomischen Perspektive. Sie geht unter anderem der Frage nach, ob die arbeitsmarktpolitische Aktivierung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen durch zentral oder dezentral organisierte Jobcenter wahrgenommen werden sollte, welche Wirkung der intensivierte Einsatz von Sanktionen hat und wie effektiv die am häufigsten eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind.



Prof. Dr.-Ing. Victor Rizkallah, Stifter des Förderpreises, Prof. Dr. Olaf Hübler, Erstgutachter der prämierten Dissertation, und Dr. Thomas Walter (von links).

Das Augenmerk liegt dabei besonders auf Immigranten, die in überproportionalem Ausmaß von Hilfebedürftigkeit betroffen sind.

Der Förderpreis der Victor Rizkallah-Stiftung würdigt herausragende wissenschaftliche Leistungen junger Wissenschaftler, die einen konkreten Anwendungsbezug aufweisen. Die Stiftung „Victor Rizkallah“ geht auf die Initiative von Prof. Dr.-Ing. Victor Rizkallah zurück, der von 1978 bis zum Jahr 2000 an der Universität Hannover lehrte und forschte.

Weiterbildungsprogramm MPS+ erfolgreich abgeschlossen

Fach- und Führungskräfte von staatlichen Institutionen aus China, Myanmar und Vietnam haben das Weiterbildungsprogramm „Strengthening Macroeconomic Policies“ (MPS+) am ZEW erfolgreich abgeschlossen. In feierlichem Rahmen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 16. November 2012 von ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang Franz verabschiedet. Der MPS+-Kurs vermittelte erweiterte Kenntnisse der Makroökonomik, etwa im Rahmen von Modulen zu Fiskalpolitik, Finanz- und Arbeitsmärkten sowie Handelstheorie und -politik. Unter anderem standen auch Wachstumstheorien und Wachstumsstrategien für die Heimatländer der Teilnehmer im Mittelpunkt. Die Weiterbildung bestand neben Fachvorlesungen auch aus Diskussionsrunden, Gruppenarbeiten und der Bearbeitung von Case Studies.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms MPS+ mit dem Präsidenten des ZEW, Wolfgang Franz (erste Reihe) sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEW.

Das englischsprachige Programm wurde bereits zum vierten Mal im Auftrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH durchgeführt. Es fand von Mitte September bis Mitte November 2012 statt und wurde am ZEW vom Servicebereich „Wissenstransfer & Weiterbildung“ betreut. Dieser bietet neben internationalen Weiterbildungsprogrammen auch Seminare und unternehmensspezifische Weiterbildungen an.

Nr. 12-079, Peter Heindl, Benjamin Johannes Lutz: Carbon Management - Evidence from Case Studies of German Firms under the EU ETS.

Nr. 12-078, Tanja Hennighausen: Exposure to Television and Individual Beliefs: Evidence from a Natural Experiment.

Nr. 12-077, Laura Grigolon, Nina Leheyda, Frank Verboven: Public Support for the European Car Industry: An Integrated Analysis.

Nr. 12-076, Julia Horstschräer: Decentralizing University Admission - Evidence From a Natural Experiment.

Nr. 12-075, Francesco Berlingieri, Daniel Erdsiek: How Relevant Is Job Mismatch for German Graduates?

Nr. 12-074, Nicole Gürtzgen, Maresa Sprietsma, Michaela Niefert, Sandra Gottschalk: Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohnes auf die Beschäftigung und den Arbeitnehmerschutz in der Abfallwirtschaft.

Nr. 12-073, Nicole Gürtzgen: Estimating the Wage Premium of Collective Wage Contracts - Evidence from Longitudinal Linked Employer-Employee Data.

Nr. 12-072, Kai Hüschelrath, Kathrin Müller: The Value of Blue Skies - How Much Do Consumers Gain from Entry by JetBlue Airways in Long-Haul U.S. Airline Markets?

Nr. 12-071, Kai Hüschelrath, Ulrich Laitenberger, Florian Smuda: Cartel Enforcement in the European Union: Determinants of the Duration of Investigations.

Nr. 12-070, Kai Hüschelrath, Kathrin Müller: Market Power, Efficiencies, and Entry - Evidence from an Airline Merger.

Nr. 12-069, Victoria Alexeeva-Talebi, Christoph Böhringer, Andreas Löschel, Sebastian Voigt: The Value-Added of Sectoral Disaggregation: Implications on Competitive Consequences of Climate Change Policies.

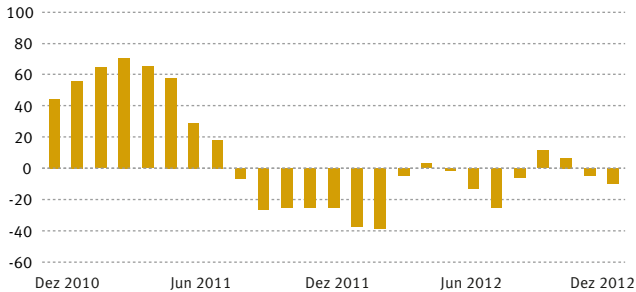
Nr. 12-068, Marc-Daniel Moessinger: Do Personal Characteristics of Finance Ministers Affect the Development of Public Debt?

Nr. 12-067, Sarah Ciaglia, Friedrich Heineemann: Debt Rule Federalism: The Case of Germany.

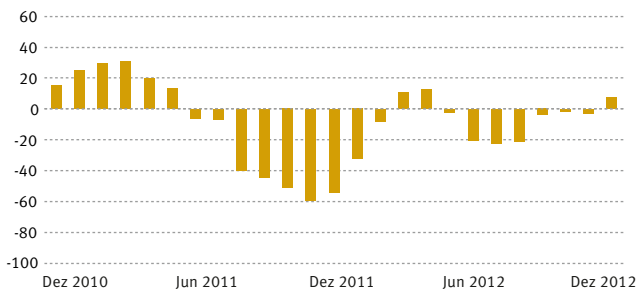
Nr. 12-066, Peter Heindl, Sebastian Voigt: Employment Effects of Regional Climate Policy: The Case of Renewable Energy Promotion by Feed-In Tariffs.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Dezember 2012



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Verringerung der Inflation erwartet

Die Teuerung der Konsumentenpreise im Euroraum hat deutlich nachgelassen. Während die jährliche Inflationsrate noch im Oktober bei 2,5 Prozent lag, fiel sie im November auf 2,2 Prozent. Damit nähert sie sich schneller als gemeinhin erwartet dem Zielniveau von knapp unter 2,0 Prozent. Der Rückgang der jährlichen Teuerungsrates dürfte sich nach Einschätzung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten im nächsten halben Jahr fortsetzen. Hierauf deuten ihre Inflationserwartungen hin. Der entsprechende Saldo sinkt im Dezember auf minus 9,2 Punkte.

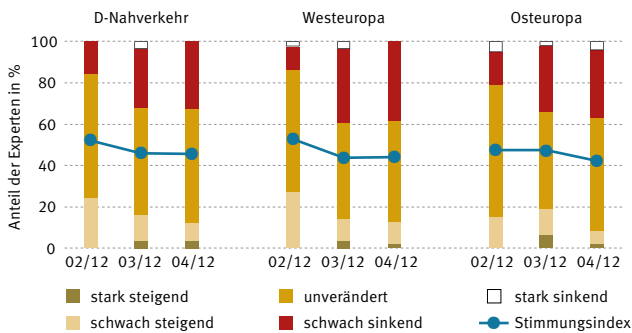
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Eurozone: Aufhellung der Konjunkturerwartungen

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Dezember 2012 deutlich verbessert. Der entsprechende Saldo steigt um 10,2 Punkte auf 7,6 Punkte. Offenbar haben gute Konjunkturdaten aus den Vereinigten Staaten für ein vorweihnachtliches Stimmungshoch gesorgt. Trotz des Zuwachses deutet der Stand des Indikators knapp über der Nulllinie eher auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage hin als auf den Beginn einer Erholungsphase. Gleichzeitig wird die konjunkturelle Lage in der Eurozone quasi unverändert eingeschätzt.

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Frachtmengen in der Binnenschifffahrt im nächsten halben Jahr weiter rückläufig

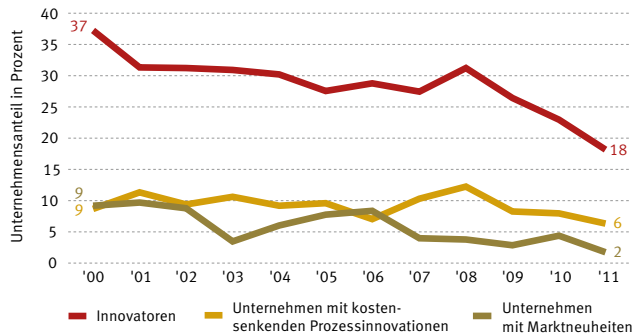


Quelle: ZEW

Die Erwartungen für die Frachtmengenentwicklung in der Binnenschifffahrt sind sehr zurückhaltend und zum Teil sogar rückläufig. Dies ist das Ergebnis des aktuellen TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW. Die befragten Experten rechnen mehrheitlich damit, dass die Entwicklung im nächsten halben Jahr stabil bleibt, aber ein Drittel – beim Westeuropaverkehr nahezu 40 Prozent – gehen davon aus, dass sich der leichte Rückgang fortsetzen wird. Der „Stimmungsindex“ des TransportmarktBarometers erreicht derzeit das niedrigste Niveau seit dem Frühjahr 2009.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Innovationserhebung: Weniger Innovatoren im Transportgewerbe



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der Anteil der Unternehmen im deutschen Transportgewerbe (inklusive Postdienste und Reisebüros), die neue Produkte oder neue Verfahren eingeführt haben, ging 2011 weiter zurück. Nur 18 Prozent der Betriebe zählten im vergangenen Jahr zu den Innovatoren. 2008 waren es noch über 30 Prozent. Unter den Innovatoren sind nur mehr wenige Unternehmen, die Marktneuheiten eingeführt haben, also Dienstleistungsangebote, die es zuvor noch nicht gab. Mit zwei Prozent hat ihr Anteil einen Tiefstand erreicht. Ebenfalls rückläufig ist der Anteil der Firmen, die kostensenkende Prozessinnovationen implementiert haben.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Bankenunion

„Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.“ An diesen Ausspruch des Polonius aus Shakespeares Drama „Hamlet“ erinnern die Bestrebungen einiger ausländischer Regierungen des Euroraums, eine funktionstüchtige Europäische Bankenunion mit Beginn des Jahres 2013 eingerichtet zu haben. Die „Tollheit“ liegt in der Unmöglichkeit, dies in wenigen Wochen umzusetzen, angefangen von der juristisch schwierigen, gesetzlichen Verankerung, bis hin zu dem politischen Aufbau einer solchen Institution, die immerhin mehrere tausend Banken wirkungsvoll beaufsichtigen soll. Die „Methode“ ist offenkundig, denn erst mit einer Bankenunion können – gemäß den Beschlüssen der Eurogruppe vom 29. Juni 2012 – Banken in Schieflage vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unter bestimmten Auflagen rekapitalisiert werden. An diese Gelder heranzukommen, kann einigen Regierungen naheliegenderweise nicht schnell genug gehen, am liebsten natürlich gleich verbunden mit einer europaweiten Einlagensicherung.

Eine solche Hast beschädigt die prinzipiell vernünftige Idee einer Europäischen Bankenunion bereits vor ihrem Start, weil ihre Schaffung nun mit größerem Misstrauen begleitet wird. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat jedoch unmissverständlich dargelegt, dass eine Bankenunion kein Instrument zur Lösung der gegenwärtigen Finanzkrise darstellt. Damit stellen sich drei Fragen. Wozu taugt eine Europäische Bankenunion, welcher Ordnungsrahmen soll für sie gelten und wie gestaltet sich der Weg dort hin?

Im Rahmen eines langfristigen Ordnungsrahmens für die Währungsunion hat der Sachverständigenrat sein Drei-Säulen-Modell „Maastricht 2.0“ konkretisiert. Neben den beiden Säulen für fiskalische Stabilität und für die Krisenbewältigung bildet eine europäische Finanzaufsicht, die über umfassende Kompetenzen und Durchgriffsrechte verfügt, die dritte Säule. Sie steht für die Stabilität des privaten Finanzsystems in Form einer Europäischen Bankenunion mit einer Europäischen Aufsichtsbehörde, einer Europäischen Restrukturierungsagentur und einem Europäischen Restrukturierungsfonds. Der Europäischen Bankenunion kommt hierbei die Aufgabe nicht nur der Vergabe von Banklizenzen, der ständigen Aufsicht über die Finanzinstitute und der Frühinterven-

tion zu, also die mikroprudenzielle Aufsicht, sondern zudem als makroprudenzielle Aufsicht die Identifikation von Systemrisiken und die Festlegung zusätzlicher Eigenkapitalpuffer der Banken. Die Europäische Restrukturierungsagentur ist zuständig für die Restrukturierung und Abwicklung von Banken in Schieflage bei Gefahr für die Stabilität des europäischen Finanzsystems und erhält dafür Mittel aus dem Europäischen Restrukturierungsfonds, der sich seinerseits unter anderem durch eine europäische Bankenabgabe speist.

Zwei Einzelpunkte verdienen Beachtung. Bei der Europäischen Bankenaufsicht spricht sich der Sachverständigenrat dagegen aus, dass die Europäische Zentralbank (EZB) diese Aufgabe übernimmt, weil die Aufsicht in Konflikt mit der Geldpolitik kommen kann. So könnte beispielsweise die Gefährdung der Preisniveaustabilität eine restriktive Geldpolitik erforderlich machen, während aus Sicht der Bankenaufsicht eher eine großzügige Liquiditätsversorgung in Schwierigkeiten geratener Banken angezeigt sein mag. Da die Politik jedoch die EZB mit der Bankenaufsicht betrauen will, stellt sich das juristische Problem der rechtlichen Umsetzung. Vermutlich müssen dafür die EU-Verträge geändert werden, da die bestehende Rechtsvorschrift (Artikel 127 Abs. 6 AEUV) mit solchen weitgehenden Kompetenzen der EZB nicht kompatibel sein dürfte.

Zum zweiten hält der Sachverständigenrat eine europaweite Einlagensicherung für nicht erforderlich. Dies kann in nationaler Verantwortung bewerkstelligt werden. Falls dabei finanzielle Schwierigkeiten für den betreffenden Staat entstehen sollten, bliebe der Weg über den ESM. Abwegig ist die Idee, bereits jetzt eine europaweite Einlagensicherung zu verankern. Dies liefe darauf hinaus, eine Versicherung abschließen zu wollen, wenn der Schadensfall schon eingetreten ist.

Der zeitraubende Übergang in eine Bankenunion sollte sich in drei Phasen vollziehen: Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, Qualifizierung der Banken und schließlich vollumfängliche Bankenunion. Eine Maßgabe gilt allemal: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit!

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrner · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012